



Ökologisch-Demokratische Partei

Die Öko-Demokraten
Im Nürnberger Stadtrat

Thomas Schrollinger

Jauerstr. 33

90473 Nürnberg

Tel.: 0911 / 800 27 99

FAX 0911 / 817 13 48

e-mail: thomas.schrollinger@oedp-nuernberg.de

www.oedp-nuernberg.de

Thomas Schrollinger (ÖDP), Jauerstr. 33, 90473 Nürnberg

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Herrn Dr. Ulrich Maly
Rathaus
Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

SHR 23.2.11

OBERBÜRGERMEISTER		
09. FEB. 2011 /Nr.		
1	Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
2	z.w.V.	4 Antwort vor Absendung vorlegen
		5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Kopie: Ref V

Nürnberg, 07.02.2011

Antrag: Unterstützung der Kampagne „Steuer gegen Armut“ - Finanztransaktionssteuer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit Oktober 2009 fordert die Kampagne „Steuer gegen Armut“ mit einem Offenen Brief an die Bundesregierung die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Förderung von Entwicklung und Bekämpfung von Armut.

Darin wird der Hintergrund wie folgt geschildert:

„Mehrfach seit Anfang der 1970er Jahre war Spekulation bereits Mit-Ursache von Finanz- und Bankenkrisen. Spekulation war auch mitverantwortlich für die globale Nahrungsmittel- und Rohstoffkrise 2008 sowie die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise. Weitere Ursachen für die genannten Krisen sind u.a. die zunehmende Komplexität der Finanzprodukte und die Geschwindigkeit, mit der Finanztransaktionen heutzutage abgewickelt werden.“

Die Folgen der Krisen sind weltweit sehr ungleich verteilt. Zwar leiden auch reiche Staaten darunter. Doch sie können Milliarden US\$ aufwenden, um die Krisenfolgen aufzufangen. Die meisten Entwicklungsländer hingegen leiden unter Einbrüchen bei ausländischen Direktinvestitionen, im Export, Rohstoffverkauf und Tourismus, bei Rücküberweisungen von Migranten und der Entwicklungshilfe. All dies gefährdet den Zeitplan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele.

Für diese beiden Problemfelder gibt es aber ein geeignetes Mittel: Eine Finanztransaktionssteuer, die über die von James Tobin 1972 vorgeschlagene Devisentransaktionssteuer hinausgeht und alle spekulationsrelevanten Finanztransaktionen einbezieht. Eine solche Steuer kann EU- und weltweit umgesetzt werden. Bis dies der Fall ist, sollen auf nationaler Ebene vorbereitende Schritte unternommen werden, z.B. unterstützende parlamentarische Entschlüsse oder die Einführung einer Börsenumsatzsteuer.“

Im Blick auf die vorausgegangenen Stadtratsbeschlüsse zur Unterstützung der Global-Marshall-Plan-Initiative und zur „Fair-Trade-Stadt“ (beide 19.05.2010) stünde es dem Nürnberger Stadtrat durchaus an, die Kampagne „Steuer gegen Armut“ offiziell zu unterstützen und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Höhe von mindestens 0,05% mit Nachdruck zu fordern. (Vgl. auch die beigelegten Anlagen!)

Die Einführung einer solchen Steuer an sich wäre schon ein Erfolg, weil alle Länder von einer stabileren Weltfinanz- und Wirtschaftsordnung profitieren würden. Darüber hinaus würde die Steuer gleichzeitig national ein- bis zweistellige, global aber dreistellige Milliardenbeträge generieren, die zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele sowie anderer Maßnahmen zur Entwicklung und Armutsbekämpfung verwendet werden können.

→



Die Öko-Demokraten
Im Nürnberger Stadtrat

In den letzten Jahren wurden auch wir in Nürnberg mit der Tatsache konfrontiert, dass Armutsbekämpfung mehr und mehr auch ein kommunales Thema wird. Wir tragen Verantwortung nicht nur für die erschütternden Schicksale in den globalen Brennpunkten menschlicher Armutskatastrophen. Auch in unserer Stadt macht die zunehmende Armut mitten unter uns Sorge. Eine Finanztransaktionssteuer könnte auch hier bei uns entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut unterstützen.

Die Kampagne tritt gerade in eine entscheidende Phase, in der gerade die Unterstützung durch größere Kommunen sehr hilfreich wäre.

Deshalb stelle ich zur Behandlung im Stadtrat für die ÖDP folgenden

Antrag:

1. Die Stadt Nürnberg tritt offiziell der Kampagne "Steuer gegen Armut" bei und unterstützt damit die beiden Kampagnenforderungen:
 - a. Die Einführung einer möglichst umfassenden Finanztransaktionssteuer
 - b. Die Verwendung der Einnahmen für die Bekämpfung weltweiter Armut, für den Schutz von Klima und Umwelt und für die Bewältigung der lokalen Folgen der Weltwirtschaftskrise
2. Die Stadt Nürnberg schließt sich den Forderungen des „Offenen Briefes“ an die Bundesregierung vom Oktober 2009 an.
3. Die Stadt Nürnberg wirbt im Bayerischen und Deutschen Städtetag für die Unterstützung der Kampagne durch entsprechende Beschlüsse.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Schrollinger
Stadtrat der ÖDP

Anlagen:

- Offener Brief der Kampagne „Steuer gegen Armut“
- Brief von Dr. Jörg Alt SJ an die Nürnberger Stadträtinnen und Stadträte

KAMPAGNE "STEUER GEGEN ARMUT"

www.steuer-gegen-armut.org

www.transaktionssteuer.org

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,
sehr geehrter Herr Seehofer,
sehr geehrter Herr Dr. Westerwelle,

wir, die Unterzeichner, fordern die neu gewählte Bundesregierung auf, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen und dafür einzutreten, dass sie auch von anderen Ländern umgesetzt wird. Die Finanztransaktionssteuer ist nicht nur ein Beitrag zu mehr Stabilität auf den Finanzmärkten, sondern generiert auch finanzielle Mittel, die für die globale Armutsbekämpfung verwendet werden können. Wir begründen unsere Forderung wie folgt:

Mehrfach seit Anfang der 1970er Jahre war Spekulation bereits Mit-Ursache von Finanz- und Bankenkrisen. Spekulation war auch mitverantwortlich für die globale Nahrungsmittel- und Rohstoffkrise 2008 sowie die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise. Weitere Ursachen für die genannten Krisen sind u.a. die zunehmende Komplexität der Finanzprodukte und die Geschwindigkeit, mit der Finanztransaktionen heutzutage abgewickelt werden.

Die Folgen der Krisen sind weltweit sehr ungleich verteilt. Zwar leiden auch reiche Staaten darunter. Doch sie können Milliarden US\$ aufwenden, um die Krisenfolgen aufzufangen. Die meisten Entwicklungsländer hingegen leiden unter Einbrüchen bei ausländischen Direktinvestitionen, im Export, Rohstoffverkauf und Tourismus, bei Rücküberweisungen von Migranten und der Entwicklungshilfe. All dies gefährdet den Zeitplan zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele.

Für diese beiden Problemfelder gibt es aber ein geeignetes Mittel: Eine **Finanztransaktionssteuer**, die über die von James Tobin 1972 vorgeschlagene Devisentransaktionssteuer hinausgeht und **alle spekulationsrelevanten Finanztransaktionen** einbezieht. Eine solche Steuer kann EU- und weltweit umgesetzt werden. Bis dies der Fall ist, sollen auf nationaler Ebene vorbereitende Schritte unternommen werden, z.B. unterstützende parlamentarische Entschlüsse oder die Einführung einer Börsenumsatzsteuer.

Eine Finanztransaktionssteuer hätte aus unserer Sicht etwa folgende Vorteile:

- Finanztransaktionen werden entschleunigt und so die (Selbst-)Kontrolle über das Geschehen an den Finanzmärkten verbessert.
- Die Finanztransaktionssteuer ist einfach umzusetzen, da sie keine Ausnahmen zulässt. Sie betrifft alle Marktteilnehmer in ähnlicher Weise, da alle spekulationsrelevanten Finanztransaktionen der Steuer unterliegen.
- Die Steuer macht kurzfristige Spekulationen unrentabler. Mittel- und langfristige Investitionen werden, aufgrund eines niedrigen Steuersatzes zwischen 0,1 und 0,01%, nicht behindert.
- Die Finanztransaktionssteuer ist kein Allheilmittel. Sie kann aber mit dazu beitragen, dass globale Krisen zukünftig weniger häufig auftreten und weniger heftig verlaufen.

Die Einführung einer solchen Steuer wäre an sich schon ein Erfolg, weil alle Länder von einer stabileren Weltfinanz- und Wirtschaftsordnung profitieren. Darüber hinaus würde die Steuer gleichzeitig national ein- bis zweistellige, global aber dreistellige Milliardenbeträge

generieren, die zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele sowie anderer Maßnahmen zur Entwicklung und Armutsbekämpfung verwendet werden können.

National und international findet die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer zunehmendes Gehör. Auf dem Gipfel der G20-Staaten in Pittsburgh Ende September wurden sowohl die Ursachen als auch die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise als zentrale Herausforderungen des gemeinsamen politischen Handelns betont. Im Vorfeld der Bundestagswahl haben sich die Bundeskanzlerin und fast alle Parteien befürwortend zur Einführung einer solchen Steuer geäußert.

Wir hoffen, dass es sich dabei nicht bloß um Wahlkampfaktik gehandelt hat, denn auch wir erachten es als wichtig, dass die Finanztransaktionssteuer, neben anderen Maßnahmen, auf die Reformagenda des globalen Finanzsystems gehört. Zugleich wollen wir sicherstellen, dass der Finanzsektor zur Bewältigung der Krisenfolgen beiträgt und so generierte Gelder nicht nur den Haushalten reicher Staaten zufließen.

Veröffentlicht zum 17.10.2009, dem Internationalen Tag zur Beseitigung der Armut,

Festlegungen der Kampagne zu inhaltlichen und politischen Positionen und Optionen beim Strategietreffen am 29.5.2010 in Nürnberg sowie dem 19.1.2011 in Berlin:

In diversen Punkten besteht die Notwendigkeit, eine Kampagnen-einheitliche Position zu definieren, damit wir alle mit einer Stimme und ohne Widersprüche agieren können. Folgende Präzisierungen wurden deshalb beschlossen:

- Im Offenen Brief an die Bundesregierung fordern wir eine Finanztransaktionssteuer von 0,1-0,01%, agierten aber bislang pragmatisch mit der gebetsmühlenartigen Forderung nach einer Transaktionssteuer in Höhe von 0,05%, obwohl einige unserer Kampagnenträger einen höheren Prozentsatz fordern. Beschluss: Die uns verbindende Formulierung ist ab sofort die Forderung nach einer Transaktionssteuer von "mindestens 0,05%"
- Im Offenen Brief fordern wir, dass die durch eine Finanztransaktionssteuer generierten Gelder "zur Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele sowie anderer Maßnahmen zur Entwicklung und Armutsbekämpfung verwendet werden können." Nun ist offensichtlich, dass viel Geld in die Defizitdeckung öffentlicher Haushalte und nationaler Projekte fließen wird, auch fordern einige unserer Kampagnenträger ausdrücklich Geld für nationale Projekte. Beschluss: die uns verbindende Formulierung ist ab sofort: "***Wir fordern, dass die eingenommenen Gelder zu je einem Drittel verwendet werden für die Bekämpfung weltweiter Armut, für den Schutz von Klima und Umwelt sowie die Bewältigung der Folgen der Weltwirtschaftskrise bei uns.***"
- In Gesprächen mit Journalisten und Politikern kommt immer wieder die Frage, ob wir eine Bankenabgabe oder eine Finanzaktivitätssteuer (in jedwelcher Ausgestaltung, in unterschiedlich breiten Kontexten...) befürworten würden. Beschluss: Die Bewältigung der Weltfinanzkrise erfordert eine Reihe von Instrumente, davon ist Finanztransaktionssteuer aus unserer Sicht das beste, weil es Spekulation bekämpft, eine Lenkungswirkung hat, schnell und einfach umsetzbar ist, wissenschaftlich besser

erforscht/fundiert ist und mehr Einkommen generiert als die Alternativen usw. Als Formulierung wird vorgeschlagen: "**Die Finanztransaktionssteuer ist aus unserer Sicht das beste Instrument, weil... Und deshalb werden wir weiterhin für ihre Einführung kämpfen.**" Dadurch erhält automatisch Bankenabgabe und Finanzaktivitätssteuer, die an anderer Stelle in das Finanzmarktgeschehen eingreifen, sekundäre Bedeutung, ohne dass man sie in ihrem Eigenwert abtut.

- Bei der Fachtagung erinnerte uns Professor Spahn daran, dass man die Devisentransaktionssteuer vorantreiben und quasi als ersten, leicht umsetzbaren Schritt durchführen sollte um überhaupt einmal den Fuß in die Türe zu bekommen. Den Einschluss anderer, wesentlich komplexerer Finanzmarktprodukte unter eine Finanztransaktionssteuer könnte dann schrittweise zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Beschluss: Wir bleiben bei unserer Forderung nach einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer, weil auch diese die Settlement Systeme benützen. Sollte sich die Frage der Machbarkeit ergeben, verweisen wir auf Professor Spahns vorbereitende Arbeiten und erinnern daran, dass die Grundlagen einer Einführbarkeit heute noch viel besser sind als zu der Zeit, als Prof. Spahn seine Empfehlungen erarbeitet hat.
- Die vorstehenden inhaltlichen Punkte werden ab sofort zusammen als "interpretative Richtlinie" mit dem Offenen Brief an alle gegeben, die der Kampagne beitreten wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 1.2.2011 fand in der Katholischen Hochschulgemeinde ein Informations- und Gesprächsabend zur "Steuer gegen Armut"/Finanztransaktionssteuer statt. Zu Ihrer Information anbei nochmals das Programm und die Teilnehmenden in Anlage 1. Die Veranstaltung war erfreulich gut besucht, die Beiträge interessiert, die Diskussion lebhaft.

Eine der Ideen aus der Diskussion war, dass auch Nürnberg als Kommune diese Initiative unterstützen und ihr weiteres Gewicht geben könnte. Der wichtigste Grund: Die beiden Kampagnenforderungen, nämlich die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Verwendung der Einnahmen unter anderem für internationale und nationale (!) Armutsbekämpfung, nützt auch einer Kommune. Aus Sicht der Kampagne wäre dies sehr begrüßenswert, denn bislang hat sich noch keine Kommune unseren Forderungen ausdrücklich angeschlossen.

Darüber hinaus sind Bündnis 90/Die Grünen, die LINKSpartei, die ÖDP sowie die SPD auf Bundesebene bereits Mitglied des Kampagnenbündnisses, d.h. deren Unterstützung einer solchen Initiative wäre 'nur' das Konkretisieren dessen, was auf Bundesebene bereits geschieht. Eine Unterstützung der Initiative durch CSU und FDP würde sich nahelegen, weil sich die Bundesregierung seit Mai 2010 energisch für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einsetzt sowie in allen Parteien zumindest wachsende Sympathien für die zweite Kampagnenforderung bestehen und durch einen solchen Beschluss entsprechend Auftrieb erhalten könnten.

Die Unterstützung der Kampagne geschieht normalerweise dadurch, dass der Offene Brief an die Bundesregierung vom Oktober 2009 mit-getragen wird. Zwar sind gewisse Formulierungen aus diesem Offenen Brief mittlerweile veraltet, aber es wird natürlich davon ausgegangen, dass eine Unterstützung des Offenen Briefs auch die Aktualisierungen umfasst, die sich seither ergeben haben. Ich füge den Offenen Brief samt den nachfolgend durch die Mitgliederversammlungen beschlossenen Präzisierungen diesem Schreiben in Anlage 2 bei.

Sollte es dem Stadtrat leichter fallen, eine eigene Resolution zum Thema zu verfassen, so wäre dies auch möglich. Wichtig wäre aber, dass ausdrücklich zum Ausdruck gebracht wird, dass "die Stadt Nürnberg der Kampagne 'Steuer gegen Armut' beitrifft, und damit die beiden Kampagnenforderungen nach der Einführung einer möglichst umfassenden Finanztransaktionssteuer sowie die Verwendung der Einnahmen für die internationale und nationale Armutsbekämpfung sowie den Schutz von Klima und Umwelt unterstützt werden."

Im Übrigen gäbe es hierzu bereits einen Präzedenzfall: Im Jahr 2005 unterstützte die Stadt Nürnberg durch die Unterschrift von OB Maly unter das "Manifest unerlaubte Zuwanderung – für eine differenzierte und lösungsorientierte Diskussion" bereits meine (damalige) Arbeit für die sozialen Rechte 'illegaler' Migranten.

Es wäre aus Sicht der Kampagne darüber hinaus sehr begrüßenswert, wenn der Stadtrat/die Stadt in geeigneter Weise ihre Unterstützung für die Kampagne bekannt macht, damit, von Nürnbergs Beispiel angespornt, auch andere Kommunen in Deutschland diesem Bündnis beitreten.

Sehr geehrte Damen und Herren: Das Jahr 2011 wird entscheidend für unser Anliegen sein. Überall in Europa verstärken sich die politischen und zivilgesellschaftlichen Bemühungen für die Einführung einer "Steuer gegen Armut". Finanzminister Schäuble ist hochmotiviert, weil er zwei Milliarden Euro Einnahmen aus einer solchen Steuer für seinen Haushalt 2012 eingeplant hat. Sodann gibt es eine verstärkte Kooperation zwischen der deutschen und französischen Regierung und eine zunehmend koordinierte Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen in den G20 Staaten. Gelingt uns eine Durchsetzung dieser Forderung in diesem Jahr nicht, werden wir wohl auf die nächste große Finanzkrise warten müssen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie herzlich, eine Unterstützung der Stadt Nürnberg für diese Initiative, die schließlich von Nürnberg ausgeht, zu erwägen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit herzlichem Dank für Ihre Aufmerksamkeit, Ihr Interesse und Ihre Bemühungen bin ich für heute

Ihr

Jörg Alt SJ